

Die Wirtschaftspolitik der SPD nach ihrem Parteitag 1982 in München

Wichtige Weichenstellungen, insbesondere in der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik, sind zur Bewältigung der Zukunftsprobleme erforderlich.

Die Union will die Zukunft auf der Grundlage und mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gestalten. Demgegenüber sind Programm und Politik der SPD von einem tiefen Mißtrauen gegenüber dem Markt und marktwirtschaftlichen Prozessen und zugleich von einer krassen Überschätzung der Steuerungsfähigkeit des Staates gekennzeichnet.

Die SPD will die bewährte Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft überwinden und durch ein anderes, sozialistisch strukturiertes und organisiertes Wirtschaftssystem ersetzen. Sie ist in ihrem wirtschaftspolitischen Selbstverständnis eine im Ansatz systemüberwindende Partei.

Die einschneidenden wirtschaftspolitischen Forderungen des Orientierungsrahmens werden weiter vorangetrieben, die Steuerungsprinzipien und Instrumente konkretisiert, mit denen die SPD Wirtschaft und Gesellschaft umgestalten, planen und lenken will.

Bei der innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD werden die gefährlichen Aussagen zur Wirtschaftspolitik allzu leicht übersehen. Diese Dokumentation will dazu beitragen, die Gefahren der von der SPD geplanten Wirtschaftspolitik zu verdeutlichen.

Die wirtschaftspolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Weiter steigende Arbeitslosigkeit, sinkende private und öffentliche Investitionen und sprunghaft wachsende Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten sind zur schwersten Belastung unserer Zukunft geworden.

Auch im Frühjahr 1982 sind keine Anzeichen für eine nachhaltige Belebung der Konjunktur und einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erkennen.

— Ende Mai 1982 hatten wir mit 1,65 Millionen rund 50% mehr Arbeitslose als im Mai 1981.

— Das reale Bruttosozialprodukt ist im I. Quartal 1982 nochmals gesunken.

- Die Welle der Vernichtung selbständiger Existenzen, von Produktivkapital und Arbeitsplätzen wird immer größer: gehört zur Bilanz des Jahres 1981 bereits der traurige Rekord von 11 653 Konkursen und Vergleichsverfahren, so wurden in den ersten 3 Monaten des Jahres 1982 noch einmal 35% mehr Insolvenzen registriert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
- Die Preise steigen weiter. Nach einer kurzen Beruhigung des Inflationsanstiegs kletterten die Preise im Mai 1982 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 5,3%, nach 5,0% im April und 5,2% im März 1982.
- Das verarbeitende Gewerbe verbuchte im I. Quartal 1982 preis- und saisonbereinigt weniger Aufträge als im Vorquartal; die Investitionsgüterbestellungen zeigen vor allem keine Verbesserungen der Investitionsneigung an. Hinzu kommt, daß sich zuletzt auch die Auslandsnachfrage — bisher Stütze der Konjunktur — abgeschwächt hat.

Auch nach den optimistischsten Konjunkturprognosen wird die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1981 (1,3 Millionen registrierte Arbeitslose) nochmals um rund 500 000 zunehmen. Nach übereinstimmender Meinung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute gibt es derzeit keine Anhaltspunkte dafür, daß eine Produktionsbelebung im weiteren Jahresverlauf auch in eine nachhaltige Verbesserung mündet, „die die Bezeichnung ‚Aufschwung‘ verdient und Hoffnungen auf einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit begründet. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Wachstumsschwäche auch in den kommenden Jahren anhält und die Arbeitslosigkeit hoch bleibt“.

In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1981 hat die Deutsche Bundesbank festgestellt, „daß die Umschichtung von konsumtiven zu investiven Einkommensverwendungen, die für wieder günstigere Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen unerlässlich erscheint, 1981 nicht vorangekommen ist“. Schlechter könnte das Zeugnis für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD nicht ausfallen. Der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen auf nur noch 22,8%. 1970 betrug diese Quote 25,6%.

Als Ursache für die rückläufige Investitionstätigkeit und die schwache Binnenkonjunktur weist die Bundesbank vor allem auf die verschlechterte Eigenkapitalausstattung der Betriebe hin. 1980 betrug der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme im produzierenden Gewerbe und im Handel zusammen nur noch rund 21%, verglichen mit 24% in den 70er Jahren und 30% in der zweiten Hälfte der 60er Jahre.

Zu einer immer größeren Belastung der Konjunktur und der mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven wird die Finanzpolitik. In ihrem Frühjahrsgutachten stellen die Forschungsinstitute fest: „Die Finanzpolitik verletz seit einiger Zeit den Grundsatz der Stetigkeit ebenso wie den der Verbesserung der Wachstumsbedingungen.“

Folgende Daten unterstreichen diese Beurteilung:

- Immer mehr Sparkapital wird statt zur Finanzierung produktiver Investitionen zur Abdeckung von Staatsdefiziten eingesetzt.
- Die Investitionsquote (der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben) beim Bund ist seit Jahren beständig zurückgegangen, von 18,7% im Jahre 1973 auf 13,1% im Jahre 1981.
- 1981 war bei den öffentlichen Investitionsausgaben sogar absolut ein Rückgang um fast 4% zu verzeichnen.

- Die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte steigt mit zweistelligen zunehmenden Zuwachsraten. Absolut werden die Zinsausgaben der Gebietskörperschaften von 1981 auf 1982 von 36 Mrd. DM auf fast 46 Mrd. DM ansteigen. 1969 betrugen sie noch 5,9 Mrd. DM.

Diese Fehlentwicklungen sind das Ergebnis schwerer Fehler der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik der SPD. Nur durch eine grundsätzliche Kursänderung, die es den Unternehmern, den Arbeitnehmern und unseren ausländischen Partnern ermöglicht, wieder Vertrauen in die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen, können diese schweren Fehler behoben werden. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates muß wiederhergestellt werden.

SPD-Wirtschaftspolitik: Etappen in den Sozialismus

Mit den Münchener Beschlüssen zeichnet sich bei der SPD eine zunehmend sozialistische Politik ab, die das Wirtschaftsklima nicht verbessern, sondern nur noch weiter schädigen wird.

Mit diesen Beschlüssen bietet die SPD keine erfolgversprechenden wirtschaftspolitischen Perspektiven für die 60er Jahre. Mit staatlicher Investitionslenkung und mit massiven Steuererhöhungen können die gravierenden Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nicht gelöst werden.

Nach wie vor beharren die maßgeblichen Kräfte innerhalb der SPD auf der wirtschaftspolitischen Allmacht des Staates, obwohl sich doch gerade in den 70er Jahren der Glaube an die staatliche Steuerbarkeit von Konjunktur und Wachstum als Illusion erwiesen hat.

Mit dem wirtschaftlichen Konzept der vorausschauenden Strukturpolitik und der damit verbundenen staatlichen Investitionslenkung hat die SPD ihr Mißtrauen gegenüber marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien erneut verdeutlicht.

Die steuerpolitischen Forderungen der SPD laufen auf eine stärkere Belastung von Arbeitnehmern und Unternehmern hinaus. Die Regierungszeit der SPD liefert den besten Beweis dafür, daß so Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern geradezu produziert wird.

Eine Wende in der anhaltend schwachen Wirtschaftsentwicklung ist unter diesen steuerpolitischen Vorzeichen nicht in Sicht. Die SPD ist mit ihren Beschlüssen auf dem falschen Weg in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft. Ihre „Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“ verbreiten deshalb Hoffnungslosigkeit statt der Aussicht auf eine Wende zum Besseren.

Beschluß des SPD-Bundesparteitages in München: Fortsetzung sozialistischer Politik, Abkehr von einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft

Die auf dem SPD-Parteitag 1977 in Hamburg und 1979 in Berlin getroffenen wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitischen Beschlüsse werden konsequent fortge-

schrieben. Bindende Klammer für die wirtschafts- und ordnungspolitischen Beschlüsse ist die Anknüpfung an den Orientierungsrahmen '85:

„Die Diskussion um die Investitionslenkung wird im Orientierungsrahmen '85 nicht abgeschlossen, sondern ihre Konkretisierung ausdrücklich gefordert. Hierzu gehört eine Überprüfung der Steuerungsmöglichkeiten zur Orientierung und Bindung öffentlicher und privater Investitionsentscheidungen an gesamtwirtschaftliche und sozialpolitische Ziele. Die SPD muß diese Diskussion im Sinne des Orientierungsrahmens offensiv vorantreiben.“ (Beschluß des Hamburger Parteitages 1977)

Klar ausgedrückt, besagt dieser Schlüsselsatz: Nicht mehr die freien Entscheidungen von Verbrauchern und Anbietern sollen die Entwicklung der Wirtschaft bestimmen, sondern staatliche Vorgaben. Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in den Einzelpunkten der Beschlüsse des Münchener Parteitages 1982 wider:

● **Die Unternehmen sollen einer umfassenden Meldepflicht für Investitionsplanungen unterzogen werden.** „... dabei geht es insbesondere um ... eine sorgfältige Erfassung geplanter privater und öffentlicher Investitionen ...“

● **Es soll ein Bundesentwicklungsplan aufgestellt werden.** „... dabei geht es insbesondere um ... die Aufstellung eines Bundesentwicklungsplanes, der für die privaten Investitionsorientierungsdaten und für die öffentlichen Investitionen verbindliche Richtgrößen festlegt ...“

● **Die Strukturberichterstattung soll zu einem Prognoseinstrument ausgebaut werden.** „... Dabei geht es insbesondere um eine regelmäßige Strukturberichterstattung und Strukturprognose der Bundesregierung ...“

● **Lenkungsaufgaben des Marktes sollen zentralen Räten übertragen werden.** „Durch paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene mit Informations-, Konsultations- und Initiativrechten ist den Arbeitnehmern ein verstärkter institutioneller Einfluß auf das Wirtschafts- und Sozialleben einzuräumen.“

● **Subventionen sollen der Lenkung dienen.** „Die durch die schwierige Situation der öffentlichen Finanzen gegebene Chance, die Erfolgskontrolle von Subventionen zu verschärfen, muß zu einer Verbesserung der vorausschauenden Struktur- und Beschäftigungspolitik genutzt werden. Dabei ist an eine Verwirklichung folgender Forderungen zu denken:

- Bindung von Investitionshilfen an Auflagen zur Erhaltung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen,
- Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen bei der Beantragung von Subventionen und
- begleitende und nachträgliche Kontrolle des Erfolgs geförderter Projekte.“

Mehr Staat und Steuererhöhungen gegen Arbeitslosigkeit

Die SPD ist zur Partei der Arbeitslosigkeit geworden. Schon heute ist klar, daß die Maßnahmen, die die SPD auf ihrem Münchener Parteitag beschlossen hat, keine Arbeitsplätze schaffen, sondern im Gegenteil weitere Arbeitsplätze vernichten werden. Steuererhöhungen, noch mehr Schulden, Investitionslenkung und staatliche Wirtschaftsplanung werden das Investitionsklima weiter verschlechtern.

Wo die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft geboten wäre, beschreitet die SPD nun endgültig den Weg weg von der Sozialen Marktwirtschaft.

Im einzelnen fordert die SPD:

„Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.“

„Meldepflicht für offene Stellen.“

Erhebung einer Arbeitsmarkt- und Ergänzungsabgabe. „Die Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme sollte sowohl über die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes als auch über die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte und die Erzielung zusätzlicher öffentlicher Einnahmen, mit denen ausschließlich beschäftigungspolitische Initiativen finanziert werden, erfolgen. Die zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und eine Arbeitsmarktabgabe stehen für diese Restfinanzierung für uns nach wie vor im Mittelpunkt unserer Überlegungen.“

Weitere Steuererhöhungen. „Ungerechtfertigte Steuerprivilegien müssen vorrangig abgebaut werden, dies gilt insbesondere für die weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften, die Verschärfung der Bodenwertzuwachsbesteuerung, die Begrenzung des Ehegattensplittingvorteils auf kleinere und mittlere Einkommensbezieher und die Abschöpfung von sogenannten windfall-profits.“

Darüber hinaus sprach sich der Parteitag gegen die von der Bundesregierung versprochene Senkung der Lohn- und Einkommensteuer aus, die aufgrund des von der Bundesregierung vorgelegten Beschäftigungsprogrammes im Jahre 1984 erfolgen sollte.

Die FDP setzte diesen Beschlüssen eine Bundesvorstandserklärung zum 1. Mai entgegen, deren wichtigste Punkte sind:

- keine zusätzlichen Steuer- und Abgabenerhöhungen,
- Festhalten an allen Teilen der „Gemeinschaftsinitiative“ einschließlich der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zum 1. Januar 1984,
- Einsparungen sowohl bei den Transferleistungen (Ausgabengesetze) als auch der Abbau von Subventionen und von Steuer- und sonstigen Vergünstigungen im Rahmen der Beratungen über den Nachtragshaushalt 1982 und über den Haushaltsentwurf 1983. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sagte zu den SPD-Beschlüssen, daß es jedermanns Recht sei, auch „unsinnige Konzeptionen“ zu entwickeln.

Die Auswirkungen der SPD-Wirtschaftspolitik: arbeitnehmerfeindlich und unsozial

Sind die Beschlüsse des SPD-Parteitages 1982 in München aus der Sicht der Arbeitnehmer schon abenteuerlich, so sind die weiteren Forderungen — wie eine Investitionslenkung und die Aufforderung an den Bund, neue Schulden zu machen, angesichts der Mißerfolge ähnlicher Maßnahmen in der Vergangenheit, geradezu ein Kurs, den man wirtschaftspolitisch als selbstmörderisch bezeichnen muß und der sich im Endergebnis gegen die Interessen der Arbeitnehmer wendet.

Für jeden Bürger gilt: Wenn er jahrelang ein Ziel verfolgt hat, seine Bemühungen aber genau das Gegenteil bewirkt haben, so gibt er diese Bemühungen auf, oder er ändert sie vollkommen. Die SPD reagiert genau umgekehrt. Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik hat zur Massenarbeitslosigkeit, zu geringeren Einkommen, zu einer Streichung, Kürzung oder Beseitigung von über 80 sozialen Vorschriften geführt, zu einer vielfachen Benachteiligung der Familien mit Kindern und der Rentner, zu immer mehr und immer höheren Abgaben und Steuerbelastungen sowie zu einer enormen Staatsverschuldung.

Es hätte nahegelegen, nun andere Wege zur Bewältigung der Krise zu gehen. Die SPD hat sich dafür entschieden, ihren Weg in die Krise nicht nur beizubehalten, sondern noch schneller zu gehen.

Notwendig wäre gewesen, die bestehenden Investitionshemmnisse, etwa im Energiebereich oder bei der Verkabelung, zu beseitigen und dadurch die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen. Die Sozialdemokraten beschließen genau das Gegenteil. Durch neue Steuern wird die Investitionsbereitschaft weiter eingeeengt. Dies wird zu einem weiteren Abbau der Arbeitsplätze führen.

Notwendig wäre gewesen, die zunehmende Staatsverschuldung zu vermindern und dadurch eine Zinssenkung zu erreichen, um für die Unternehmen geliehenes Geld wieder bezahlbar zu machen. Die SPD beschließt genau das Gegenteil. Der Staat soll sich noch mehr verschulden. Daraus folgt, daß sich die Zinsen nicht senken werden.

Notwendig wäre gewesen, die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen zu fördern, Mut zu machen, ein mittelständisches Unternehmen zu gründen, auf die Leistungsbereitschaft der Bürger und auf unternehmerische Initiativen der Wirtschaft zu setzen. Die SPD beschließt genau das Gegenteil. Die freie Initiative des einzelnen wird eingeeengt, die Lenkungsmöglichkeiten des Staates sollen vergrößert werden. So kann man keinen neuen Aufschwung schaffen. Von dieser Partei haben 2 Millionen Arbeitslose und ihre Familien nichts mehr zu erwarten.

Der SPD-Parteitag 1982 hat gezeigt, daß die SPD ihre Glaubwürdigkeit als soziale Arbeitnehmerpartei verspielt hat. Dies geht auch aus einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung hervor, wonach der Anteil der Arbeiter, die SPD wählen, in der Zeit von 1978 bis 1981 von 58% auf 45% gefallen ist, während der Anteil der Arbeiter, die CDU wählen, von 35% auf 45% gestiegen ist. Bei den Arbeitnehmern insgesamt, also Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammengenommen, liegt der Anteil der SPD inzwischen bei 35%. Die Beschlüsse des Parteitages zeigen die Gründe auf.

Mit den Finanzierungsvorschlägen ihres Programms beweisen die Sozialdemokraten zum wiederholten Mal, daß sie mit Geld nicht umgehen können, etwas vornehmer ausgedrückt, daß sie von der Finanzpolitik nichts verstehen und offenbar nicht bereit sind, aus den schweren Fehlern der jüngsten Vergangenheit zu lernen.

Die Alternative der Union: Die Soziale Marktwirtschaft als das zukunftsweisende Konzept

Die CDU bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft. Diese ist die notwendige Entsprechung zu unserer demokratischen, sozialen und freiheitlichen Staatsordnung. Die CDU will ihre Prinzipien: Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung in allen Bereichen der Gesellschaft verstärkt anwenden. Damit ist die beste Gewähr für die Sicherheit und Entfaltung des einzelnen in Freiheit gegeben.

Wichtigstes Mittel der Durchsetzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ist für die CDU der Wettbewerb, nicht aber die Vergrößerung staatlicher Planungsmacht.

Der Staat muß sich wieder auf die Aufgaben besinnen, die er besser lösen kann als der Markt. Dem einzelnen und den Gruppen müssen innerhalb sozialmarktwirtschaftlicher Rahmendaten mehr Freiräume zur verantwortlichen Gestaltung geöffnet werden.

Der einzelne muß wieder erkennen können, welche Aufgaben er erfüllen, worauf er dabei bauen kann. Die Politik muß diejenigen, auf deren Leistung es in unserer Gesellschaft besonders ankommt, ermutigen und fördern.

Sie sollen wissen, daß die Tugenden anerkannt werden, die zu wirtschaftlichem Aufstieg, Wohlstand und Sicherheit unseres Landes geführt haben: Selbständigkeit und Zuverlässigkeit, Kreativität und Genauigkeit, Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein, Verantwortungsgefühl und Partnerschaft.

Zur Lösung der Zukunftsprobleme muß die Soziale Marktwirtschaft wieder erneuert werden. Deshalb hat die CDU auf ihrem Bundesparteitag 1981 in Hamburg einen Beschluß gefaßt „Mit der Jugend, unser Land braucht einen neuen Anfang“ und zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit eine 7-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik „Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“ vorgelegt. Folgende Maßnahmen müssen vorrangig durchgeführt werden:

Vorrangiges finanzpolitisches Ziel für die Union ist, den Schuldenzuwachs abzubauen und die Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen. Bis zur Wiedergewinnung der finanz- und beschäftigungspolitischen Handlungsfähigkeit des Staates sind weitere Kürzungen bei den Finanzhilfen des Staates unabweisbar.

Eine solide Finanzpolitik trägt gleichzeitig entscheidend zur Senkung des Zinsniveaus und zur Stabilität der Währung bei. Es muß verhindert werden, daß eine expansive Ausgabenpolitik des Staates erneut inflatorischen Druck erzeugt, der die Arbeitslosigkeit weiter verschärft und die tarifpolitischen Auseinandersetzungen zusätzlich belastet.

Sobald die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wiederhergestellt ist, muß das Steuersystem wieder leistungs- und wachstumsfreundlicher ausgestaltet werden.

Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Wir dürfen nicht weiter das in der Vergangenheit erarbeitete Kapital aufzehren, sondern wir müssen für unsere Zukunft investieren. Dabei liegt der Vorrang bei den privaten Investitionen. Dazu muß die Finanzkraft und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen gestärkt werden. Insbesondere müssen die bürokratischen Bremsklötze für private Investitionen rasch beseitigt werden.

Die Bemühungen zur Schaffung neuer Unternehmen müssen mit Nachdruck fortgesetzt werden. Wir wollen eine wirtschaftliche Ordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die gewährleisten, daß die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten. Wir brauchen eine Existenzgründungswelle, für die wir die Voraussetzungen schaffen werden. Dazu zählen Hilfen zur Aufbringung des notwendigen Risikokapitals und Sofortabschreibungen sowie Ansparmodelle zur Existenzgründung analog dem Bausparmodell.

Im Wohnungsbau werden wir durch die Verwirklichung des Wohnungsbaupolitischen Programms der CDU bestehende Investitionshemmnisse beseitigen. Durch die Möglichkeit, Zeitmietverträge abzuschließen, Staffelmieten im Neubau und im Bestand zu vereinbaren sowie durch eine zeitnahe Fortschreibung der Mietspiegel werden wir das Mietrecht liberalisieren und es Bauwilligen erleichtern, in den Mietwohnungsbau zu investieren. Die mietrechtlichen Bestimmungen dürfen einer vernünftigen und notwendigen wirtschaftlichen Nutzung der Mietwohnung nicht entgegenstehen. Dabei hält die Union an dem Grundsatz fest, daß eine Kündigung zum Zweck der Mieterhöhung ausgeschlossen bleibt.

Zur wachstumspolitischen Vorsorge des Staates gehört auch, die Einführung neuer Technologien zu erleichtern und nicht zu erschweren. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erfordert Energie zu konkurrenzfähigen Preisen. Deshalb müssen die politischen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen für einen zügigen Bau von Kohle- und Kernkraftwerken geschaffen werden. Darüber hinaus müssen die fortschrittlichen Energietechniken weiter entwickelt werden.

Wir werden die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken unterstützen.

Die Reinhaltung der Luft, die Aufrechterhaltung des natürlichen Wasserhaushaltes, die Begrenzung der Meeresverschmutzung, die Eindämmung der Lärmbelästigung erfordern gewaltige Investitionen des aktiven Umweltschutzes und schaffen neue Arbeitsplätze.

Die Verantwortung der Sozialpartner für Wachstum und Beschäftigung kann ihnen niemand abnehmen. Wir appellieren an die Tarifpartner, bei ihren Verhandlungen verstärkt den wachstums- und beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Lohnpolitische Zurückhaltung und Preisdisziplin führen zu mehr Wachstum und Investitionen und ermöglichen wieder eine Sicherung der realen Einkommen der Arbeitnehmer.

Diese notwendige Umorientierung muß durch Angebote zur Ausweitung der individuellen Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer erleichtert werden.

Neben der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen werden wir mit Hilfe der qualitativen Arbeitsmarktpolitik mehr Freiheit durch mehr Selbstbestimmung des einzelnen und mehr soziale Gerechtigkeit durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit erreichen. Die zwei wichtigsten Aktionsbereiche einer qualitativen Arbeitsmarktpolitik sind die Erweiterung der Teilzeitarbeitschancen, insbesondere Einführung des sogenannten „Job-sharing“, und eine weitere Öffnung der flexiblen Altersgrenze einschließlich des Angebots eines gleitenden Ruhestandes.